

# Unterstützung für Maudet

Die Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz hält an Genfer Staatsrat fest

**Zug/Genf.** Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet bleibt Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), obwohl die Staatsanwaltschaft wegen einer umstrittenen Reise gegen ihn ermittelt. Maudet lässt das Amt aber bis auf Weiteres ruhen.

Über diesen Entscheid habe der 40-jährige FDP-Politiker den Vorstand der KKJPD im Rahmen einer Aussprache über die Hintergründe des Strafverfahrens in Genf informiert, teilte die Konferenz gestern mit. Der Vorstand habe formell keine Kompetenz, einen Präsidenten abzusetzen, erklärte KKJPD-Generalsekretär Roger Schneeberger auf Anfrage. Die Wahl obliege der Plenarversammlung.

## Aargauer Hofmann springt ein

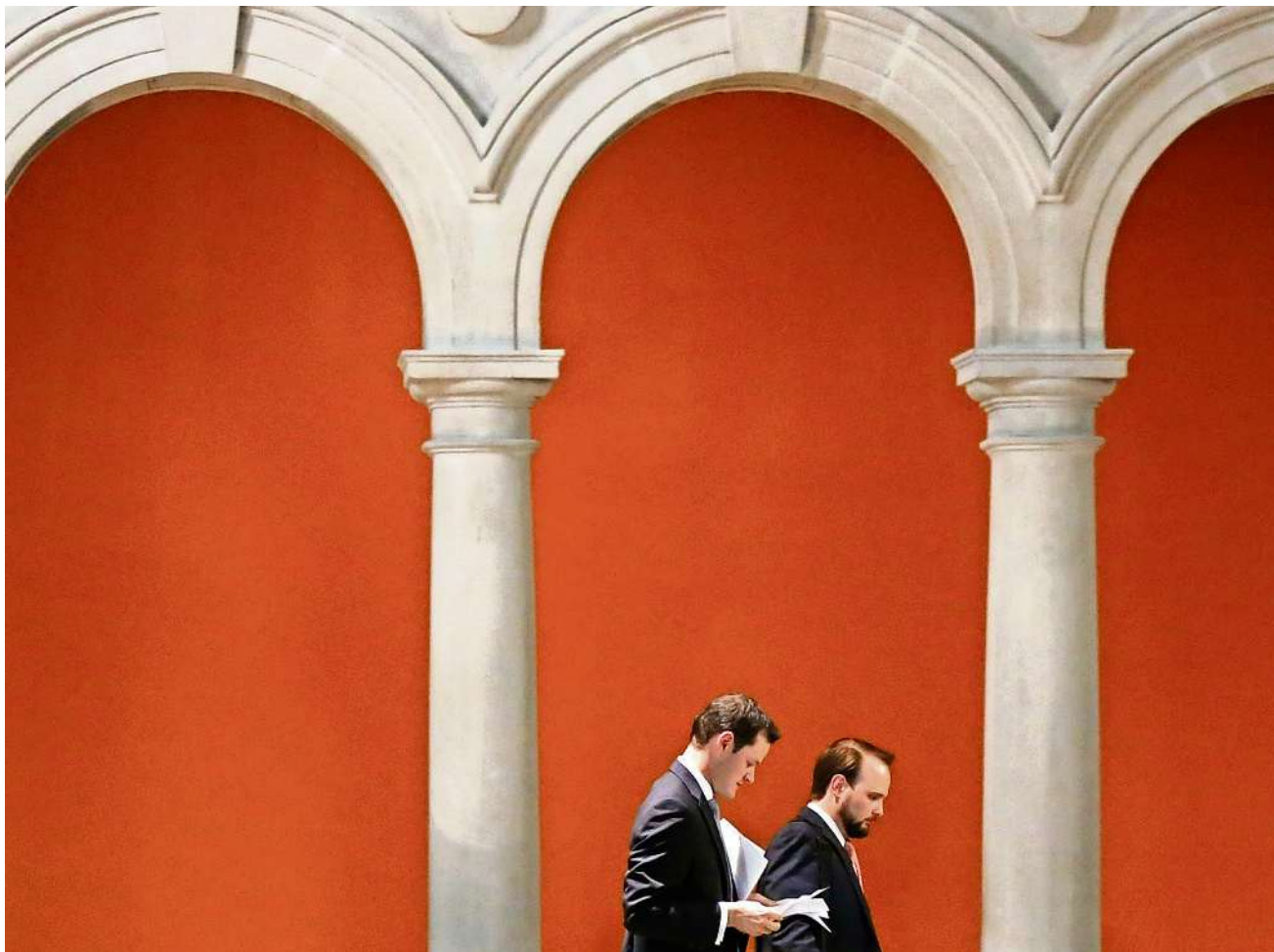
Das Gremium habe einstimmig entschieden, die Leitung der Konferenz vorübergehend an Urs Hofmann zu übertragen. Hofmann ist Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres im Kanton Aargau und das amtsälteste Vorstandsmitglied.

Dass nicht Vizepräsident Beat Villiger übergangsmässig einspringt, habe mit dessen angekündigtem Rückzug aus dem Vorstand zu tun. Sein Nachfolger wird Hofmann. Der Vorstand hat neben Präsident Maudet sieben Mitglieder.

## Immunität aufgehoben

Maudet sei weiterhin im Vorstand dabei, leite aber keine Sitzungen und unterschreibe auch keine Dokumente mehr, sagte Schneeberger. Die Herbstversammlung im November werde von Urs Hofmann geführt.

Maudet steht seit April an der Spitze der KKJPD. Er ist seit 2016 Präsident der Westschweizer Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren und gehört bereits seit Herbst 2013 dem Vorstand der KKJPD an.



**Der gefallene Kandidat.** Pierre Maudet (l.) am 12. September 2017 zusammen mit FDP-Kampagnenleiter Matthias Leitner auf dem Weg zu einem Hearing anlässlich seiner Bewerbung für den Bundesrat. Foto Keystone

Der Genfer Sicherheitsdirektor und Regierungspräsident steht seit Monaten unter Druck. Er wird der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit einer Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate im Jahr 2015 verdächtigt.

Der Staatsrat behauptete zunächst, die Reise an ein Formel-1-Rennen in Abu Dhabi sei privat gewesen und von

einem Freund eines Freundes bezahlt worden. Später gab Maudet zu, über die Finanzierung und Art seiner Reise gelogen zu haben.

Die angeblich fünfstellige Rechnung wurde vom Kronprinzen Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan beglichen, der ihn laut Staatsanwaltschaft formell eingeladen hatte.

Erst am vergangenen Donnerstagabend hob das Genfer Kantonsparlament Maudets Immunität auf. Dies macht den Weg frei für eine Anhörung durch die Staatsanwaltschaft. Zuvor waren ihm bereits das Regierungspräsidium sowie die Kontrolle über die Polizei und den Flughafen entzogen worden. SDA

# Luftraum wird zum Streitfall

Der Kauf von Kampffjets soll nicht mit der Boden-Luft-Abwehr gekoppelt werden

**Bern.** Die Pläne des Bundesrates für den künftigen Schutz des Schweizer Luftraums sind umstritten. Den Vorschlag, den Kauf neuer Kampfflugzeuge dem Volk vorzulegen, stösst zwar auf breite Unterstützung. Aber die Idee, diesen Kauf mit der Erneuerung der Boden-Luft-Abwehr in einem Paket zu verknüpfen, wird von einigen als Fehler angesehen.

Der Kauf neuer Boden-Luft-Raketen sei weitgehend unbestritten - ausser bei der SP, die ihn für gefährlich halte - im Gegensatz zum Kauf von Kampfflugzeugen, erklärten FDP und CVP in der Vernehmlassung zum Grosspaket, die am Samstag endet. Der Raketenkauf könne im Rahmen des regulären Rüstungsprogramms abgewickelt werden. Die beiden Parteien würden es daher vorziehen, den Kauf neuer Kampffjets und jener von neuen Raketen formell zu trennen, auch wenn die Geschäfte strategisch zusammenhängen würden. Die CVP befürchtet, dass andernfalls das ganze Paket abgelehnt werden könnte.

Mehrere Kantone äusserten Verständnis dafür, den Kampffjet-Erwerb dem Referendum zu unterstellen, auch wenn militärische Anschaffungen

grundsätzlich nicht einem Referendum unterstehen. Aber das Volk habe bereits zweimal über frühere Kampffjet-Käufe abgestimmt.

Mit der Verknüpfung der beiden Geschäfte ebne der Bundesrat den Weg für Referenden gegen Rüstungsprojekte, warnen FDP und CVP. Aus diesem Grund lehnen Christdemokraten und FDP die Grossvorlage ab.

## Kritik von links

Die Grünen und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sind ebenfalls gegen die Idee, die beiden Geschäfte im selben Paket zu behandeln. Vor allem aber empfinden sie es als problematisch, dass der Bundesrat mehrere Milliarden Franken für den Kauf von Geräten fordere, von denen weder Typ, Menge noch Kosten bekannt seien. Und das vier Jahre nachdem sich das Volk geweigert habe, Gripen-Flugzeuge für 3,1 Milliarden Franken zu kaufen.

Für die SP sind die vorgesehenen Mittel in Höhe von 8 Milliarden Franken viel zu hoch. Die Genossen sind der Meinung, dass die Hälfte ausreichen würde, um den Schutz des Luftraums zu gewährleisten.

Dem rot-grünen Lager zufolge kann die Schweiz ihre Luftraumsicherheit gewährleisten, indem sie die Nutzungsdauer der zwölf F/A-18-Kampffjets verlängert. Wie die SP bedauert es auch die GSoA, dass der Kauf von leichteren und günstigeren Kampfflugzeugen nicht in Betracht gezogen werde.

Im Gegensatz dazu schätzt die SVP, dass die 8 Milliarden Franken nicht ausreichen und fordert mindestens 900 Millionen pro Jahr während der nächsten zehn Jahre. Die Grünliberalen billigen sowohl den festgelegten Haushalt als auch das gewählte Verfahren.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) sowie der Dachverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem unterstützen die Forderung nach einer vollständigen Kompensation der ausländischen Aufträge durch Geschäfte in der Schweiz.

Die Erhaltung oder gar Entwicklung fortschrittlicher Wehrtechnik in der Schweiz sei unerlässlich, sagen SOG und Swissmem. Der Industrieverband besteht darauf, dass 60 Prozent der Rüstungsbeschaffungen im Ausland durch im Inland getätigte Gegengeschäfte kompensiert werden. Für die CVP schränkt diese Klausel den Ver-

handlungsspielraum zu sehr ein. Die Partei beantragt daher die Aufhebung. Diese Geschäfte erhöhten die Kosten für geplante Einkäufe, ohne Gewinne zu generieren, glaubt die SP.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hält Investitionen anderswo anstatt in neue Kampfflugzeuge für sinnvoller, zum Beispiel in die AHV oder ins Gesundheitswesen. Im Bereich der Sicherheit ermuntert der SGB den Bundesrat, die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten in der Cybersicherheit zu suchen.

Andererseits betonen mehrere Kantone die Bedeutung der Flugabwehr bei der Gewährleistung der Sicherheit an internationalen Konferenzen.

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) unterstützt nach eigenen Angaben das Vorgehen und den Planungsbeschluss. Die Beschaffung der entsprechenden Waffensysteme solle unter «Würdigung der Beziehungen zur Europäischen Union und zu EU-Staaten» erfolgen. Die Schweiz dürfe kein Interesse haben, umfangreiche Rüstungsgeschäfte mit Staaten abzuschliessen, die die Unabhängigkeit der Schweiz nicht respektierten, schreibt die Auns. SDA

## Nachrichten

### Höhere Renten vom nächsten Jahr an

**Bern.** Weil Preise und Löhne steigen, erhöht der Bundesrat die AHV- und IV-Renten. 2019 steigt die Minimalrente um 10 Franken, die Maximalrente um 20 Franken. Erhöht werden auch die Beträge für die Deckung des allgemeinen Lebensbedarfs bei den Ergänzungsleistungen. Die Kosten belaufen sich auf 430 Millionen Franken pro Jahr. Der Bundesrat prüft alle zwei Jahre, ob die Renten erhöht werden müssen. Zuletzt hat er sie 2015 angepasst. SDA

### Ein Nein zu Subventionen beim Export

**Bern.** Auf Druck der WTO darf die Schweiz Nahrungsmittel für den Export nicht mehr subventionieren. Als Ersatz beschloss das Parlament, neue Subventionen für Milch und Getreide einzuführen. Heute werden mit den Beiträgen nach Schoggigesetz Schweizer Zutaten für exportierte Nahrungsmittel so weit verbilligt, dass sie international wettbewerbsfähig sind. Diese Ausfuhrbeiträge müssen abgeschafft werden, da sie gegen die Regeln der Welt Handelsorganisation WTO verstossen. Die neuen Subventionen gehen direkt an die Bauern. SDA

### Krankentransporte auf dem Prüfstand

**Lausanne.** Kann ein Patient mit einem privaten oder öffentlichen Verkehrsmittel transportiert werden, muss eine Krankenkasse die Kosten für einen Spezialtransport nicht übernehmen. Dies hat das Bundesgericht entschieden. Das Gericht hielt fest, dass ein Krankentransport nur dann eine Pflichtleistung sei, wenn er im konkreten Fall aufgrund spezifischer, medizinischer Anforderungen nötig sei. Im konkreten Fall ging es um einen 90-Jährigen, der notfallmässig vom Alters- und Pflegezentrum ins Spital eingeliefert wurde. Die Hinfahrt im Krankenwagen vergütete die Versicherung, nicht jedoch den Spezialtransport ins Alterszentrum. Das ist gemäss Bundesgericht korrekt. SDA

### Solothurner wollen neue Energievorlage

**Solothurn.** Das Solothurner Volk hat im Juni das umstrittene Energiegesetz mit einem Nein-Stimmenanteil von 70,5 Prozent abgelehnt. Trotzdem wünscht sich eine Mehrheit von 68 Prozent der Befragten einen neuen Vorschlag der Behörden. Dies zeigt eine repräsentative Nachanalyse von gfs.bern. SDA

### Stimmfreigabe für Hornkuh-Initiative

**Brugg.** In den Augen des Bauernverbands handelt es sich bei der Hornkuh-Initiative vor allem um eine finanzpolitische Vorlage. Er hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Das Volk entscheidet über das Begehren am 25. November. Die Initiative verlangt, dass der Bund künftig für horntragende Nutztiere Direktzahlungen ausrichtet. SDA

### Organe der Oberaufsicht vernetzen sich

**Bern.** Über 120 Mitglieder von kantonalen Finanz-, Geschäftsprüfungs- und Justizkommissionen haben gestern im Berner Rathaus am ersten Treffen der kantonalen Oberaufsichtsorgane teilgenommen. Diskutiert wurden Themen wie etwa wie weit die Auskunfts- und Einsichtsrechte der kantonalen Oberaufsichtskommissionen reichen. SDA

### Mit Biokomponenten versetzt

**Bern.** Rund ein Viertel der in der Schweiz verwendeten fossilen Treibstoffe sind heute mit Biokomponenten versetzt. Das will der Bundesrat in Zukunft auch bei den Vorschriften über Pflichtlager berücksichtigen. Vor einem Jahr hat er bereits beschlossen, importiertes Bioethanol der Pflichtlagerhaltung zu unterstellen. SDA

# Der Zugang zu Medikamenten soll erleichtert werden

Neue Bestimmungen fallen patientenfreundlicher aus – rigidere Vorschriften für die Marktteilnehmer

**Bern.** Der Bundesrat möchte den Zugang zu Medikamenten für die Bevölkerung vereinfachen. Ab 2019 können Apotheken gewisse verschreibungspflichtige Arzneimittel selbst abgeben. Gleichzeitig verschärft der Bundesrat die Kontrolle über den Medikamentenmarkt.

Er hat gestern mehrere Bestimmungen verabschiedet, um das revidierte Heilmittelgesetz ab 1. Januar 2019 umzusetzen. Diese zielen auf einen erleichterten Zugang zu Medikamenten, mehr Kontrolle und stärkere Anreize zur Entwicklung von Kinderarzneimitteln ab.

Nach Kritik hat der Bundesrat entschieden, die Regeln über die Integrität und Transparenz bei Heilmitteln voraussichtlich erst 2020 in Kraft zu setzen. In der Vernehmlassung sei festgestellt worden, dass bedeutender Überarbeitungsbedarf bestehe, schreibt das Bundesamt für Gesundheit (BAG).

Bei den Vorschriften geht es darum, dass finanzielle Anreize die Verschreibung oder Abgabe von Arzneimitteln nicht beeinflussen dürfen. Keine gebührenden Vorteile sind Geschenke von jährlich 300 Franken oder Unterstützungsbeiträge für die Forschung. Vorerst soll das Integritätsgebot nur für

verschreibungspflichtige Medikamente gelten.

## Verschreibungspflicht gelockert

Ab 2019 werden die Voraussetzungen für die Abgabe von Medikamenten gelockert. Das soll die Selbstmedikation vereinfachen. Konkret schafft der Bundesrat die Abgabekategorie C ab, die eine Fachberatung durch Medizinalpersonen voraussetzt. In Zukunft werden die Medikamente dieser Kategorie entweder verschreibungspflichtig oder in eine tiefere Kategorie herabgestuft. Bei bestimmten Medikamenten entfällt neu die Verschreibungs-

pflcht. Das gilt etwa für gewisse Präparate gegen Heuschnupfen. Die Konsequenz dieser Lockerung ist, dass Drogerien und Apotheken eine grössere Zahl an Arzneimitteln abgeben dürfen.

Vereinfacht wird auch das Genehmigungsverfahren, um ein Medikament in Verkehr zu bringen. Voraussetzung ist, dass es bereits in Ländern mit ähnlichen Zulassungsverfahren wie der Schweiz verfügbar ist. Der Bund denkt dabei vor allem an EU- und Efta-Länder. Für komplementärmedizinische, aber auch für pflanzliche Medikamente wird die Zulassung ebenfalls vereinfacht. SDA